

für den Osmogrover schauen mußten. Vergleichen wir die ein- zelnen Lebenslagen mit der Höhe, so ergeben sich folgende Zahlen...

Table with 6 columns: Mietshöhe, 158, 162, 168, 166, 184, 212. Arbeitende Tage: 66, 57, 51, 44, 43, 43.

Man hat zwar sich die bekannte Erklärung, daß die Miete einen um so höheren Anteil vom Verdienst in Anspruch nimmt, je geringer der Unternehmer ist, wenn man, was wohl schätfer ist, an nimmt, daß die niedrigsten Arbeiter die höchsten Durchschnitts- und die höchsten Gehältern die höchsten Mittelgehälter haben...

Die Gewerliaken der einzelnen Zünfte konnten sich für ein- gedenklich, daß die Gewerliaken der Gewerliaken der Gewerliaken...

Städtische Arbeiterfürsorge in Breslau.

Als ein Oberbürgermeister unseres Oberbürgermeisters und seiner sozialpolitischen Einsicht hätte sich eine Abänderung im 1. Hof- des 21. Jahres der Breslauer Statistik...

Im wesentlichen geht die Abänderung dem Nachweise der von der Stadt bezahlten Arbeiterrenten in städtische Rentenbehalten- renzen, aber als besonderes Merkmal...

Damit allem kann eine Stadt von 100 000 Einwohnern alljährlich nur ein einziges Mal, nämlich im Jahre 1894...

vereinbaren machen, daß die eigentliche magistratische Jurisdiktion erst seit etwa 5 Jahren emigriert sei, und daß sie trüber, dämmernd, den einzelnen Vertriebenen...

Ein Hebe weiten Augen bei unschuldigen, aber noch nicht erlösten. Die Hebelwerke, die in der ersten Hälfte...

Die Stadt hat sich für die Abänderung der Statistik entschieden, und die Gewerliaken der Gewerliaken...

Was nun die eigentliche Statistik anlangt, so ist über sich im einzelnen zu berichten. Die Statistik hat aber von vornherein die Statistik...

Heber die einzelnen Rentenbehaltenheiten, über die Beibehaltung der Renten zum Jahresende und über die Gewerliaken...

Table with 4 columns: an Personen, deren letzter Jahreslohn, Jahresbetrag der Stadtrente. Rows for 1894, 1895, 1896.

Die Statistik wurde der letzte Jahreslohn...

Table with 4 columns: Per- sonen, deren letzter Jahreslohn, Jahresbetrag der Stadtrente. Rows for 1891, 1892, 1893, 1894.

Einen Zuschuß zum Krankengeld hatten die Arbeiterauschüsse ebenfalls beantragt, der in aller **ablehnt** worden. Nur von Fall zu Fall soll den Arbeitern auf ihr Gewicht nach Umständen des Vereinganges ein Zuschuß entsprechend den Bestimmungen der Arbeitsordnung gewährt werden. Damit ist die Sache aber noch nicht erledigt.

Der Antrag auf Verbesserung des Wahlrechtes zu den Ausschüssen ist so **in aller ablehnt**. Was hat es denn zu bedeuten, wenn das Wahlrecht auf die „Anstaltlichen“ ausgedehnt wird, wenn aber nur Ständige gewählt werden dürfen. In manchen Gewerkschaften ist die Zahl der Ständigen so gering, daß eine Auswahl der Arbeitervertreter überhaupt nicht stattfinden kann und daß eine Wahl dann überhaupt keinen Zweck hat. Dieser Zustand gerade in den Betrieben, die eine Verbesserung der Vertretung am notwendigsten brauchen: Wasserwerk, Motorenmeister, Tiefbauamt.

Das letzte Wort ist ja schließlich in dieser Frage noch nicht gesprochen. Und der Rat muß machen, daß eine Verbesserung auf dieser Seite notwendig ist.

Die Hauptfrage ist immer, daß die Arbeiter zusammenhalten. Damit ihr Einfluß größer wird. Wenn sich unter den Arbeitern keine Erntereiser finden lassen, muß die Betriebsleitung den Arbeitern entgegenkommen. Haben sich aber in den Reihen der Arbeiter genügend Erntereiser finden, dann ist der Unternehmer schon heraus und die Arbeitsschleusen haben sich bei ihren „Anstaltlichen“ zu bedanken. Das ist die falsche Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. Das kann den Unorganisierten nicht oft genug gesagt werden.

Sommerlohn — Winterlohn für Hamburgische Staatsarbeiter.

Bestimmte Lohnpolitik können die Verwaltungsbehörden für die Betriebe des kommunalen Staates noch nicht. Niemals festlicher Entschlossenheit hat die Verwaltung der Lohn mit. Dafür spricht ja nicht nur die Meinung von den Arbeitern, sondern auch die der Arbeitgeber. Die Arbeiter wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Das ist die Lage, und die beiden Teile haben sich schon längst nicht mehr gefunden. Die Arbeiter wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Das ist die Lage, und die beiden Teile haben sich schon längst nicht mehr gefunden.

Die Arbeiter wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Das ist die Lage, und die beiden Teile haben sich schon längst nicht mehr gefunden. Die Arbeiter wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Das ist die Lage, und die beiden Teile haben sich schon längst nicht mehr gefunden.

Die Arbeiter wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Das ist die Lage, und die beiden Teile haben sich schon längst nicht mehr gefunden. Die Arbeiter wollen mehr, die Arbeitgeber weniger. Das ist die Lage, und die beiden Teile haben sich schon längst nicht mehr gefunden.

Erhöhen wir die Verbandsbeiträge?

Das ist eine Frage, die in Nr. 18 der „Gewerkschaft“ für uns der Sache zu Grunde liegt. In der Nr. 19 einen positiven Bescheid über unsere finanzielle Lage. In jedem der beiden Hälften war die Situation und Lage vor dieser Zeit. Die Vermehrung der Beiträge ist ein Mittel, um die finanzielle Lage zu verbessern. Die Beiträge sind ein Mittel, um die finanzielle Lage zu verbessern. Die Beiträge sind ein Mittel, um die finanzielle Lage zu verbessern.

verbände ganz gewaltige Lohnkämpfe durchzuführen haben. Besonders die Verbände, die jetzt noch nicht recht aktionsfähig waren, sie werden jetzt Arbeit bekommen müssen, wenn sie nicht ruhmlos gehen wollen. Die Mitglieder wollen Erfolge sehen und ohne Kampf fällt es keinem Arbeiter ein, etwas zu bewilligen. Lassen wir also die Druckberger, die Angst vor höheren Beiträgen haben, ruhig laufen, sie kommen wieder. Die indifferenten Mitglieder müssen aufgestellt werden, denn die laufen auch bei niedrigen Beiträgen fort, das haben wir doch in der verflochtenen Periode unserer überduldung niedrigen Beiträge oft genug erlebt.

Um jetzt der kollektiven Aktion, was andere Verbände leisten, sind wir doch niemals imstande. Warum denn nicht? Wir können jedenfalls viel mehr leisten, wenn wir unsere Beiträge entsprechend erhöhen. Ja, sagt aber nun Kollek, wir in Leipzig haben eine ausweichende Krankentunermittlung, so daß haben wir nicht nötig, aus Verbandsmitteln Unterstützung zu gewinnen. (Ein paar andere Städte haben das gleiche). Tun wir es, dann nehmen uns die Arbeitgeber das Geirumene. Schon gesprochen, Kollektive Aktion! Wo liegt aber dann die Solidarität, die eine der Hauptaufgaben unserer Organisation ist, wenn einfach der Grundtag gelten soll? Das haben wir, die anderen mögen sich kümmern. Die Städte, wo die Kollegen in der glücklichen Lage sind, einen Zuschuß zum Krankengeld zu erhalten, können um so mehr einen besseren Beitrag zahlen. Es muß doch nicht gerade heißen wir zahlen Krankentunermittlung, es kann ja auch Erwerbslosenunterstützung oder andere Unterstützung sein.

Abgegeben nun von der Gewährung von Unterstützung brauchen auch wir große Summen zur Agitation und zu Lohnkämpfen. Ein festes Finanzmittel wie jetzt, daß man bei jeder kleinsten den Verbandsrat einmündet, kann nicht beibehalten werden. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, unsere Kollegen wissen selbst, was los ist. Der kollektive Kampf steht ja selbst ein, so kann es nicht weiter gehen. Aber die 50 Pf. sind ihm gewaltig in die Ohren gefahren. Ja, ich will ja gar nicht für alle Städte 50 Pf. vorschlagen, ich habe zwischen 30 bis 50 Pf. vorgeschlagen, meinemessen könnte sich ja Leipzig zu den Kleinstädten zahlen, das verfährt aber gegen die Tarifkassen.

Wenn wir nun nicht einig werden, so wollen wir die Sache anders verhandeln und zwar so, daß der Wochenbeitrag einen Zehntelteil beträgt, die 5 Pf. nach oben abgerundet. Bistekt ist das kollektive Mittel dann mit sich reden.

Ich alle Teile muß die Frage diskutiert werden. Wenn ich nun 50 Pf. vorschlage, so habe ich nur die Tarifkassen im Auge gehabt. Die jetzt schon bestehen. Es werden jetzt schon 40, 45, 50 Pf. und mehr pro Woche bezahlt. Warum soll das nun ein Zehntel ins Dunkel sein? Mit einer Erhöhung von 5 oder 10 Pf. ist es nicht getan. Wenn wir überlegen, daß wir drei Jahre fristgebunden haben, und uns womöglich wieder auf drei Jahre auf einen anderen Beitrag festlegen, so kommen wir aus der Kalvarität nicht heraus.

Im übrigen sind wir in Dresden durchaus nicht vertrieben auf unsere Verhältnisse. Wir werden uns der Majorität fügen; aber wenn wir auf so schwerer Stellung stehen und so große Opfer für den Verband bringen, so stehen wir doch. Die Kollegen anderer Städte müssen sich sagen, was in Dresden unter so schwierigen Verhältnissen möglich ist, muß auch bei uns möglich sein.

Dresden, den 18. Oktober 1905.

J. Liffchen.

Darf die „Sanitätswarte“ eingehen?

Unter dieser Überschrift ergreift ein Kollege vom Krankenpflegerverband in der letzten Nummer des Wert um Stellung zu nehmen gegen den diesbezüglichen Bescheid der sächsischen Sanitätsverwaltung. Die Ausführungen des Kollegen Weiblich halte ich für berechtigt, und deshalb möchte ich bemerken, daß von keinem Redner meines Wissens das gleiche Bescheidungen der „Sanitätswarte“ gefordert wurde. Wenn es würde dem meiner Meinung nach auch berechtigten Bedauern, das innerhalb einer gemeinlichlichen Transaktion keinem eine Entwertung durchsetzen soll, Ausdruck werden. Auch Zehner der Sache gehen hat für diesen Bescheid geurteilt, und zwar in der kollektiven Aktion, was nicht vermerkt, um das was die kollektive Aktion der „Gewerkschaft“ zu unterstützen. Das was die kollektive Aktion der „Gewerkschaft“ durchsetzen kann alle Verbandskollegen die eine mehrwertige Mitgliedschaft einbringen. Kollektive Aktion ist ein Mittel, um die finanzielle Lage zu verbessern. Die Beiträge sind ein Mittel, um die finanzielle Lage zu verbessern.

beiter, ihnen keine Lohnaufbesserungen zu gewähren, mit dem Argument besonders, so schlimm sieht es mit den Arbeitern aus. Die jüdischen Arbeiter haben einen auskömmlichen Lohn, und da ihre Frauen gerne mitarbeiten, ist ihre Lage wohl erträglich usw. Diese Aussagen müssen wir mal gründlich zerpflücken. Der Verband wird jetzt mit allen Betrieben Einheitsverordnungen erlassen und in jeder dieser Verordnungen soll ausdrücklich bestimmt werden, was die Arbeiter verdienen. Denn werden nur jeden Betrieb Tarife aufgestellt, welche Löhne die Arbeiter haben müßten, um auch nur einigermaßen durchzukommen. Das gesamte Material wird jährlich einer großen öffentlichen Versammlung aller städtischen Arbeiter zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt und dann dem Magistrat und den Stadtverordneten unterbreitet werden. Nun wollen wir einmal untersuchen, welche Löhne zunächst im Tischbauamt I gezahlt werden. Von hier sind 23 angestellte Krageböhler eingegangen, die folgenden Bild ersehen. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich zehn Stunden täglich. Das ist in gewisser Hinsicht erträglich, der Lohn ist nur der, daß besonders die Steinarbeiter drei bis vier Monate jährlich Affordarbeit verrichten müssen. Hier muß entschieden Schritte getroffen werden. Die Schädlichkeit der Affordarbeit ist heute jedem klar, und die Stadt sollte in erster Linie dafür sorgen, daß ihre Arbeiter auch ohne Affordarbeit verdienen zu müssen, ausreichenden Lohn verdienen. Von den 23 Arbeitern, welche die Krageböhler ausgestellt haben, verdienen 20 Arbeiter 2,50 Mark pro Tag, bei einer zehnjährigen Arbeitszeit, also einen Stundenlohn von 25 Pf. Nur drei Arbeiter verdienen 2,75 Mark pro Tag bei zehn Stunden, also 27½ Pf pro Stunde. Rechnen wir nun aus, wie hoch der Jahresverdienst eines Arbeiters ist, der einen Stundenlohn von 25 Pf hat und von 300 Arbeitstagen — die wir unserer Berechnung zugrunde legen wollen — 96 Tage im Jahre Afford gearbeitet hat. Während der Affordarbeit kommen die Arbeiter auf einen Stundenlohn von durchschnittlich 33½ Pf. Es ergibt sich dann ein Verdienst von 841,00 Mark pro Jahr. Wie sehen sich demgegenüber die Ausgaben. Da von den 23 Arbeitern durchschnittlich drei Kinder auf eine Familie kommen, so wollen wir die Ausgaben für eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern, also von fünf Personen berechnen.

Wir erheben folgendes Bild:

An Steuern werden pro Jahr gezahlt	8,00 Mk.
Gewisse Ausgaben, Kranken- und Invalidenversicherung, Strafbuß usw. stellen sich durchschnittlich für eine Familie pro Jahr auf	44,51 Mk.
Miete zahlt eine Familie durchschnittlich pro Jahr	208,00 Mk.
Für Bekleidung:	
Männens Hemde, 5 St.	
Weiber, 5 St. Wäsche, 2 St. Brot	0,30 Mk.
Kostlos nur für den Mann	0,25 "
Wäsche, Wäschelein 10 St., durchschnittlich pro Tag 1/2 Pfund 40 Pf., Putzen, Gesenke, Zwickel, Zeit 10 Pf.	0,60 "
Abendrot für die ganze Familie	0,50 "
Prenumerationen für den ganzen Tag zum Kochen der Speisen und zur Wäsche	0,20 "
Summe für den Tag 1,55 Mk. x 365 =	563,25 Mk.
Für Heizung pro Jahr 15 Zentner Kohlen und 1 Meter Holz	21,00 Mk.
Für Petroleum pro Jahr, der Verbrauch für 1 Tag auf 1/4 Liter berechnet	18,20 Mk.
Für Medizin wollen wir für den Mann für das ganze Jahr einen Mann rechnen um Preise von 30 Mk. für die Frau 20 Mk., für jedes Kind 5 Mk.	65,00 Mk.
Schule für den Mann ein Paar des ganzen Jahre zu dem Preise von 8 Mk., für die Frau 7 Mk., für jedes Kind 5 Mk.	30,00 Mk.
Für Wäsche, Unterwäsche, Bettwäsche, Strümpfe usw.	15,00 Mk.
Zs. 994,96 Mk.	

Alle Gehalt der Verdienst	841,00 Mk.
Zu Absetzen	994,96 "
Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 163,96 Mk.	
Ein Arbeiter, der bei einer zehnjährigen Arbeitszeit pro Tag 2,50 Mk. verdient, erreicht einen Jahresverdienst von 750 Mk.	750,00 Mk.
Alle Ausgaben (siehe oben)	994,96 "
Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 244,96 Mk.	
Ein Arbeiter, der bei einer zehnjährigen Arbeitszeit pro Tag 2,75 Pf. verdient, erreicht einen Jahresverdienst von 825,00 Mk.	825,00 Mk.
Alle Ausgaben (siehe oben)	994,96 "
Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 169,96 Mk.	

Von den 23 Arbeitern arbeiten in fünf Fällen die Frauen mit, von denen zwei Frauen monatlich je 6 Mk., gleich jährlich 72 Mk., eine Frau monatlich 8 Mk., jährlich 96 Mk., eine Frau monatlich 10 Mk., gleich jährlich 120 Mk. und eine Frau monatlich 16 Mk., gleich jährlich 192 Mk. verdienen.

Ferner werden in der Mezel Stube, Kabinett und Küche bewohnt. Doch liegt die bedeutliche Last auf der, daß von den 23 Arbeiterfamilien 11 Familien die Wohnung nicht allein bewohnen können, sondern Logisien aufnehmen haben. Das waren 61 Pfad.

Wenden wir uns nun zum Tischbauamt II. (Zum Tischbauamt III liegt angeblich noch kein Material vor, wir werden das jedoch noch nachholen.) Es haben hier 11 Arbeiter Antworten eingekandt. Auch hier beträgt die Arbeitszeit zehn Stunden pro Tag, bis auf die Brudenwarter, die eine tägliche Arbeitszeit von 11½ Stunden zu verdienen haben. Von den 11 Arbeitern verdienen 10 Arbeiter 2,25 Mark pro Tag bei zehnjähriger Arbeitszeit, also pro Stunde 27½ Pf. Zwei Arbeiter verdienen 3,63 Mark pro Tag, müssen dafür aber 11½ Stunden täglich arbeiten, das macht also pro Stunde 25 Pf. Ein Arbeiter kommt täglich auf 3,78 Mark bei ebenfalls 11½-stündiger Arbeitszeit pro Tag. Das gibt also einen Stundenlohn von 27 Pf. Ein Arbeiter hat einen Tageslohn von 4,27 Mark bei 11½ Stunden pro Tag, gleich einem Stundenlohn von 30 Pf.

Ein Arbeiter, der bei einer zehnjährigen Arbeitszeit pro Tag 2,75 Mk. verdient, erreicht einen Jahresverdienst von 825,00 Mk.	825,00 Mk.
Alle Jahresverdienst	825,00 Mk.
Alle Ausgaben (siehe oben)	994,96 "

Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 169,96 Mk.

Ein Arbeiter, der bei einer 11½-stündigen Arbeitszeit täglich 3,63 Mark, oder 25 Pf. pro Stunde verdient, erreicht einen Jahresverdienst von 1089,00 Mk.	1089,00 Mk.
Alle Jahresverdienst	1089,00 Mk.
Alle Ausgaben (siehe oben)	994,96 "

Er kann also mehr aufwenden 91,04 Mk.

Ein Arbeiter, der bei einer 11½-stündigen Arbeitszeit täglich 4,27 Mark, oder 30 Pf. pro Stunde verdient, erreicht einen Jahresverdienst von 1281,00 Mk.	1281,00 Mk.
Alle Jahresverdienst	1281,00 Mk.
Alle Ausgaben (siehe oben)	994,96 "

Er ist in der glücklichen Lage, sogar 286,04 Mk. mehr aufwenden zu können.

Von den 11 Arbeitern arbeiten in vier Fällen die Frauen mit, von denen 1 Frau monatlich 4,10 Mk., gleich jährlich 49,20 Mk., 2 Frauen monatlich je 12,00 Mk., gleich jährlich 144,00 Mk., und 1 Frau monatlich 16,00 Mk., gleich jährlich 192,00 Mk. verdienen.

Auch hier werden in der Mezel Stube, Kabinett und Küche bewohnt. Ebenso ist zu bemerken, daß 7 Familien, also 50 Pfad., die Wohnung nicht allein bewohnen können, sondern Logisien aufnehmen müssen.

Dieser nachten haben, fährt der Redner fort, nachdem er das städtische Material vorlesen hatte, reden eine eindringliche Sprache und sollten auch dem letzten Arbeiter der Mienen öffnen. Es komme kein Zweifel darüber heben, daß die Zahlen für die Ausgaben noch zu niedrig angesetzt sind. (Allgemeine Zustimmung.) Ein sonstiger Mann namens Stöbler hatte bemerkt, daß jeder Mensch mindestens 60 Pf täglich nur zur Nahrung anwenden müsse, wenn er sich nur ernähren und die Straße erlernen will, die er in Folge seiner täglichen Arbeitsleistung verbraucht. Daran kann auch nicht ein einziger der erwähnten Arbeiter denken. Das wäre ja dann für eine Familie von fünf Köpfen ein täglicher Betrag von 3 Mk. nur für das Essen und würde pro Jahr 1095 Mk. ausmachen. Die Folge ist natürlich, daß die Arbeiter und ihre Frauen und Kinder an handiger Unterernährung leiden, was sich wiederum dadurch bitter racht, daß die Arbeiter länger aufgebraucht sind, wenn diejenigen, die sich stets ausreichend satt essen können, im besten Alter leben. Nun kommt noch hinzu, daß bei Berechnung der Ausgaben gar nicht daran gedacht ist, daß auch außerordentliche Auswendungen zu machen sind. Ebenso haben wir mit dem Manne Krühhund bewilligt. Der Familie haben wir es einfach gelassen. Als Hochmutassaffier ist ebenfalls nicht bedacht worden, in der Hoffnung, es wird ja bald abend werden und dann nicht das letzte Pfad von 50 Pf für die ganze Familie. Wir können wirklich nur darauf sein, mit welchen Argumenten der Magistrat uns entzweit werden, wenn wir unsere Forderungen einreichen. Es wäre geradezu unbeschreiblich, wenn man etwa sagen sollte, ja, wenn die Arbeiter derartig verarmen, daß sie ihren Lohn für Geld umsetzen können, so nicht auskommen. Wir können uns, wie schon es erwähnt die Arbeiterfamilien an, die Wirtschaft mit derartig geringen Mitteln umsetzen zu helfen? Die Erklärung finden wir nur großen Teil in steigendem. Man rumpelt beim Sober, wenn Schulden mehr zu zahlen haben, beim Wäcker, beim Zuhörer usw. Oh haben die Familien mit der Miete im Ansehen. In zahlreichen Familien muß die Frau mitleiden, auch die Kinder, selbst in einem Raum umher und eine weitere Hilfsmittel findet man, indem in die Wohnungen, die in den meisten Fällen noch lange nicht für die Familien allein ausreichen, Schlafplätze oder Logisien aufgenommen werden. Das sind die

Mittel, mit denen man das Defizit wieder einigermaßen auszugleichen sucht.

Und das nun Zustände, die erträglich zu nennen sind? Keineswegs. Denken Sie, bitte, daran, daß Sie selbst nicht ausreichende Nahrung haben, denken Sie daran, daß Ihre Frauen und Kinder ebenfalls darunter leiden, denken Sie endlich daran, daß Sie in schmerzlicher Weise unter dem Wohnungsgeld zu leiden haben. Denken Sie an das alles und ziehen Sie auch Ihre Schlußfolgerungen daraus. Die Stadt aber sollte sich schämen, ihre eigenen Arbeiter, die im besten Mannesalter stehen, so erbarmlich zu entlohnen. Von 34 Arbeitern, über welche Altersangaben vorliegen, sind alt:

13 Arbeiter bis 30 Jahre,
6 " " 35 "
7 " " 40 "
5 " " 45 "
1 " " 50 "
1 " " 55 "
2 " " über 55 "

Das Durchschnittsalter beträgt also 39 Jahre.

Was müssen wir nun fordern? Von vornherein sei bemerkt, daß, zunächst mit sehr erheblichen Forderungen erhoben werden sollen, damit niemand jaagen kann, wie verlangen unmögliches. Was aber beachtlich werden muß, ist, daß wir in einer kurzen Zeit leben und einer noch längeren Zeit entgegensehen. Vor allen Dingen muß unser Augenmerk darauf gerichtet sein, einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu erzielen. Was die Arbeitszeit anbetrifft, wollen wir zunächst für alle Arbeiter eine solche von zehn Stunden täglich fordern. Dies soll jedoch durchaus nicht bedeuten, daß wir nicht auch eine solche Verteilung der Arbeitszeit erheben wollen, welche nun einzelnen Beschäftigten jeder Artarbeit erfordert werden. Aus Rücksicht auf unsere wachsende 10 Pf. pro Stunde zu fordern werden, mit einer Steigerung von zwei zu zwei Jahren um 3 Pf. pro Stunde, und zwar:

im 1. Jahre p. St. 3 Pf. 10 St. p. Tag = 1050 Mk. p. Jahr
" 3. " " 38 " " " " = 1140 " " "
" 5. " " 41 " " " " = 1240 " " "
" 7. " " 44 " " " " = 1320 " " "
" 9. " " 47 " " " " = 1410 " " "
" 11. " " 50 " " " " = 1500 " " "
" 13. " " 53 " " " " = 1590 " " "
" 15. " " 56 " " " " = 1680 " " "

Sollte uns geantwortet werden, daß die Finanzlage der Stadt zu schlecht ist, um den Arbeitern eine erhebliche Lohnaufbesserung zu gewähren, dann wollen wir der Stadtverwaltung die Gedächtnisreden, Preisreden, zum Schluß der Strafen bei gewissen Gelegenheiten usw. Was wir tun werden, wenn unsere Forderungen rundweg abgelehnt werden, darüber wollen wir uns heute noch nicht die Kopie zerbrechen. Soviel steht aber fest, daß wir unter allen Umständen unsere Würde wahren werden. Nun muß es Ihre Aufgabe sein, mitzuarbeiten, damit wir auch den letzten Arbeiter in den Verband hineinbekommen, damit wir mit Stolz sagen können, alle städtischen Arbeiter stehen bei einem Mann hinter uns. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wurde noch angeführt, daß man auch damit rechnen muß, daß Krankheiten vorkommen, die dann noch eine Steigerung der Ausgaben mit sich bringen. Von allen Rednern wurde auf die Bedeutung der Organisation hingewiesen. Ebenso wurde die Wichtigkeit betont, dafür zu sorgen, daß die Zahl der wahren Arbeitervertreter im Stadtparlament bei den kommenden Wahlen beträchtlich werde.

Dann erklärte sich die Versammlung mit den bisherigen Arbeitern der Verwaltung einstimmig einverstanden. Sie stimmte ferner ebenfalls einstimmig den vorbeschlagenen Forderungen zu, die endgültig in der in Aussicht genommenen großen Versammlung festzulegen werden sollen. Daraus meldeten sich die anwesenden Arbeiter, die noch nicht dem Verbands angehören, als Mitglieder an und die Versammlung wurde mit einem noch auf den Verband geschloffen.

Mainz. Von der Straßenbahn. Wir nahmen vor vier Wochen Anlaß, die Bürgermeisterei, darauf aufmerksam zu machen, daß der städtische Betrieb wenig daran arbeite, eine solche Straßenbahn herzustellen. Inzwischen ist die Sache voran geschritten, die Beschlüsse zu treffen und die Angelegenheit ganz in die Hände der Beamten anzuvertrauen. Wir haben nach einer Verlesung dieser Mitteilungen die Bürgermeisterei aufgefordert, hier nach dem Meisten zu sehen und dem Mann bei Seite zu lassen, seinen Beschlüssen zu folgen. Das ist bis heute nicht geschehen. Nun ergab die am letzten Termin abgetragene Versammlung der Straßenbahner, daß der Mann seine Maximalkosten nicht nur nicht weiter betrifft, sondern auch noch keine Stellung als Vorarbeiter dazu mitbringt, die Leute seinen Ansichten gemäß zu machen. Er hat jetzt keine Tatsachen in die Debatte gebracht. Was der Oberstadtschreiber werden die Beiträge in Mainz gebracht. Nicht nur einer der Anwesenden in der Versammlung Kritik an den Behörden, so ist jeder auch ein Mann da, der den Fernananten macht und am nächsten Morgen wird der Mann auf Bureau befohlen, wo ihm der Standpunkt klar gemacht wird und ihm

zu verziehen gegeben wird, daß er ja gehen könne, dem etwas nicht passe. Ein Straßenbahner bereichte seinem Vorgesetzten einen Sachverhalt, um Schwärmer zu werden. Der Präsident hatte Ehre genug im Reibe, dieses Angebinde an den Bureauarbeiter weiterzugeben. Der Luftkontrolleur sagt dem Fahrer, er möge seine Nase an der nächsten Stationelle putzen und nicht während der Fahrt. Wenn das nochmal vorkomme, mache er Meldung. Derartige Elemente nun, die es sich zur Aufgabe machen, der städtische Schuldenträger zu sein, die gelten etwas, die sind wohlauageben. Da wundere sich jemand, was da nach und nach sich zusammenfindet. - Unter solchen Umständen ist es sehr begreiflich, wenn unter dem Personal sich eine Menge Groll und Erbitterung ansammelt, die sich eines schönen Tages in irgend einer Form Luft macht. Diese wenigen Andeutungen mögen vorerst genügen. Wie wiederholen jetzt auf das nachdrücklichste unser Erfinden, die Bürgermeisterei möge dieser Wirtschaft ein für allemal ein Ende bereiten. So kann es auf keinen Fall weitergehen!

Schweinfurt. Auch in unserer industriereichen Stadt haben die Stammesarbeiter eingesehen, daß es ohne einen festen Zusammenschluß, keinen festen Vorteil für sie zu erringen gibt, daß auch hier ohne eine feste Organisation nicht daran gedacht werden kann, Verhältnisse herbeizuführen, die munterhaft genannt werden können. Die Kollegen sagen, daß das Beamtenamt, Aufseher, Vorarbeiter und wie die Titel alle heißen, recht willkürlich herrschen trotz des angeblich liberalen Regiments auf dem Markte. Letzten und Vorkontrollant steht in schöner Wirt. Der Vorkontrollant des Unterhaltungsvereins hat nun hier die Gründung einer Zentrale unseres Verbandes wieder nach sich gezogen. In Schweinfurt fehlen noch alle Wohlhabensvereine. Weder Fortzahlung des Arbeitslohnes noch Unterstützung seitens der Gemeinde in Straßensachen, nichts vom § 616 des B. G. B. keine Anstellung nach festen Normen, keine Arbeitervertretung oder Arbeiterausübung, keine geeigneten Wohnverhältnisse. Den alten Arbeiter muß man in allen Dingen einlad auf die Straße. Altersversorgung gibt es nicht und an die Hinterbliebenen der städtischen Arbeiter mag man gar nicht denken. Hieraus ericht man, wie notwendig es ist, durch festes geschlossenes Vorgehen der Kollegen im Verbande Kampf zu bestehen. Die Zentrale zählt jetzt 32 Mitglieder. Wenn man in Erwägung zieht, daß Schweinfurt nur eine kleine Stadt ist, kann man zufrieden sein mit dem Anschein. Aber immer reiten dürfen auch hier die Kollegen. Der letzte Indifferente muß dem Verbands angegeschlossen sein, darum: Vorwärts!

Stettin. (Gas- und Wasserwerke.) Sektionsversammlung vom 10. Oktober. Nach Eröffnung der Versammlung hielt der Kollege Wollast einen lehrreichen Vortrag über die Zusammenfassung des Reichstages, der von den Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde nach auf die Konferenz hingewiesen, die am 21. d. M. stattfinden und wurden auch gleich die Delegierten dazu gewählt. Außerdem wurde noch angedeutet, daß die betreffenden Betriebe, die sich nicht an der Konferenz beteiligen, auch nicht in der Petition berücksichtigt werden. Der Kollege Wollast brachte noch die Frage betreffs des Achtstundentages zur Sprache. Die meisten Kollegen waren aber der Ansicht, daß bei den schlechten Verhältnissen keine Erhöhung des Vertraues angebracht sei. Mit einem kräftigen Appell, recht kräftig für die am Sonntag stattfindende Versammlung zu agitieren, schloß die gut besuchte Versammlung.

Stettin. Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter saßte am Sonntag den 15. Oktober, im Winter-Gesellschaftssaal. Als Referenten fungierten die Kollegen Dittmer, Berlin und Wollast-Stettin. Zunächst sprach Kollege Dittmer über das Thema: "Was müssen die städtischen Arbeiter tun, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern?" Redner verbreitete sich erst ausführlich über die Entwicklung der Großstädte, um dann die damit im Zusammenhang stehende Zunahme der Reichsbetriebe zu beleuchten. Das sich daran anschließende Kapitel: "Gemeinden als Arbeitgeber hat reichlich Gelegenheit, die bisher geübte Kommunalpolitik zu kritisieren. Gerade in Stettin bleibe viel zu tun übrig, das Maßstabrecht werde nicht revidiert, die Löhne unzureichend, das Maßstabrecht werde nicht revidiert, die Löhne unzureichend und ebenso eine Besserung der Arbeitszeit, ferner Aufhebung und Herabsetzung der Differenz zwischen der Differenz zwischen Lohn- und Lohnausübung § 616 des B. G. B. usw. Zum Schluß eine Rede noch näher auf die Forderungen unseres Verbandes ein und forderte die stützenden auf, was für die Organisation tätig zu sein, damit auch in Stettin endlich mal bessere Verhältnisse sich anstellen. Der Referent erntete bräunlichen Beifall. Nun erobert Kollege Wollast das Wort zu seinem Vortrag. Wie sollen wir uns in der vom Magistrat abgelehnten beschriebenen Petition betreffen der "Zentralen" anzuvertrauen? Redner stimmte sofort dem Beibehalten des Magistrats, welcher es aber nicht einmal noch halt, kann die Arbeiter die Begründung für seine ablehnende Haltung zu unterbreiten. Es sei geradezu bedauerlich für die städtischen Arbeiter, ihre so gerechte Forderung rundweg abzulehnen. Jede der Arbeiter wäre es, dem Magistrat heraus die richtige Antwort zu erteilen. Nachdem Redner noch die erbarmlichen Lohn und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter erläuterte, wählte er an alle die Redner, sich dem Verbands der Gemeindearbeiter anzuschließen und eifrig Gemeindepolitik zu betreiben. Reiches Be-

fall wurde auch ihm zuteil. Eine Diskussion fand nicht statt. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die heute im Vokal des Genossen Rudholz tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Magistrat ohne jegliche Begründung diese gerechte Forderung der Arbeiter rundweg ablehnt hat. Die Versammelten versprechen, von heute ab eine intensive Agitation für den Verband der Gemeindefarbeiter zu entfalten und, soweit sie nicht organisiert sind, unverzüglich dem Verband beizutreten.

Mit einem dreimaligen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 8. Oktober. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde verlesen und genehmigt. Als Entschädigung wurden dem Vorsitzenden sowie dem Kassierer je 15 M. bewilligt. Als erster Schriftführer wurde Kollege Wundt und als zweiter Kollege Schlegel gewählt. Zur Abhaltung einer Weihnachtsfeier wurde eine Kommission von fünf Kollegen gewählt, welche die Vorarbeiten erledigen sollen. Kollege Schäfer gab in sachlicher und ausführlicher Weise seinen Bericht von der süddeutschen Konferenz in Stuttgart, der von den Kollegen sehr beifällig aufgenommen wurde. Eine lebhaft entwickelte Diskussion entwickelte sich hierüber und besonders Kollege Wundt kam auf die wichtigsten Punkte zu sprechen, die Errichtung eines Zweigbüros für Wiesbaden, Frankfurt und Mainz. Dies wurde eingehend erörtert und gewünscht, daß der Sitz nach Wiesbaden verlegt werde. Kollege Meier sprach über die Stadterweiterungspläne und meinte, hier müßte auch unter den städtischen Arbeitern besser agitiert werden. In der Versammlung vom 13. Oktober, in welcher Hofmann Rammheim sprach, wurde die Zweigbüroangelegenheit noch einmal diskutiert. Man war mit der Errichtung einverstanden, jedoch wünschte man die Domizilierung in Wiesbaden, weil es hier mehr an Kräften gebriert denn anderwärts. Dann wurde beabsichtigt, für diesen Zweck einen Ortszweig vom 5. W. pro Woche und Mitglied zu wählen.

Würzburg. Mitgliederversammlung vom 11. Oktober. Gegen das Protokoll vom 24. September erfolgte dem Kollegen Hahn Einwendung betreffs des ungenügenden Berichtes, der sich auch in der „Gewerkschaft“ Nr. 21 befindet. Es soll da nicht heißen, daß bei einer Ertragssteigerung von 5 W. die Gehälter der Mitglieder in eine für die Ertragssteigerung einbezogen werden, sondern daß die Delegierten und Sekretariatsmitglieder im Notfall kommen, ebenfalls kann nach Maßgabe des jeweiligen nachstehendes der Mitglieder eine höhere Unterweisung in verantwortlichen gewählt werden. Der Antrag, das Protokoll dahin abzuändern und in der „Gewerkschaft“ eine Berichtigung erfolgen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Dazu wurde dem Kollegen die Einweisung der Unterführer bekanntzugeben und denselben aus Herz geleert, sich nicht an der Beurteilung der Dinge zu halten. Den Unterführern wurde für ihre Mühe Entschädigen in den Gehältern eine Berücksichtigung von 5 Proz. bewilligt; der Gehalt wurde einstimmig angenommen. — Kollege Hahn gab erweiterter Bericht über den Verhandlung des Gewerkschaftsdelegierten zu Würzburg, und wird in der nächsten Versammlung nach Erhalt der Verhandlungsprotokolle den Kollegen noch ausführlicher berichten. — Hier auf Antrag von der Unterweisung betreffend den 8. 10 des Verbandes wurde. Es wurden 21 Stimmen für die Verträge des Verbandes vorhandenes abgegeben. Darauf stellt Kollege Hahn den Antrag, die Mitglieder nach vornehmlicher Abstimmung eine Unterweisung von 10 M. zu gewähren, nach weiteren vier Wochen abermals eine solche von 15 M. Demgegenüber sprach Kollege Wolf, man möge erst das letzte Quartal abwarten, bis ein weiterer Heber Blut über die finanzielle Verbesserung durch Steuerbefreiung des Unterführeremissions vorhanden sei. Dem wurde beizustimmen und der Antrag bis zur Januarversammlung zurückgestellt. Ein Wunsch der Kollegen Hahn, unter den Kollegen eine Ehrenamtlicher zu veranlassen, empfing in der Debatte keinen Erfolg. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Bemerkten, für den Ausbau der Organisation zu sorgen und zu agitierten.

Aus den Stadtparlamenten.

Seilbrunn. Bei am antones September das städtische Arbeiter-führer im Stadtparlament. Gewerkschaften Tabler bemerkte, es seien nun 17 Monate hergegangen, seit die städtischen Arbeiter ein Gehalt um 50 Prozent ihrer Löhne an die Stadt erhalten. Er bitte, daß man nicht ohne Gehalt mit aller Energie erfordern werden, er wolle, daß die Arbeiter, wenn sie organisiert seien, von manchen Beamten in „Wahl“ Schatz“ genannt werden. Vorsitzender: Er kann den letzten Gehalt nicht zurückverfolgen lassen, jedenfalls muß er demnach stellen, daß man herabgesetzte Gehälter gegen städtische Beamte ebenfalls erheben werden, daß Fernwärme erst mit Beginn verfahren werden. Er wünschte aber, daß die organisierten Arbeiter um der Organisierten willen andere behandelt werden. Was das Gehalt selbst betrifft, so werde es eine seiner ersten Handlungen

nach der Rückkehr aus dem Urlaub sein, das Gehalt zu erledigen. Gemeinderat Tabler entgegnete, er wisse bestimmt, daß einzelne Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation belästigt wurden; er werde Beweismaterial sammeln und dieses dann vorlegen. Der Gegenstand wird darauf verlassen und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Mainz. Die Amtseinführung des neugewählten ersten Bürgermeisters Dr. Göttemann fand am 14. Oktober in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten statt. Provinzialdirektor v. Gögern nahm die Vereidigung mit einer einleitenden Ansprache vor. Herr Dr. Göttemann hielt nach der Eidesleistung eine längere Rede, worin er unter anderem sagte:

„Die Aufgaben und Sorgen der Stadt sind fortan meine Aufgaben und meine Sorgen, ihr Wohl ist meine Freude, ihre Freude mein Glück. Keiner ihrer Bewohner sei meinem Herzen fremd; ich will jedem, der sich an mich wendet, ein treuer Berater und ein hilfreicher Freund sein, soweit mein Amt und meine Kräfte es gestatten.“

Treu will ich endlich sein mir selbst, meinem Amt, meiner Ehre und meiner Heberzeugung. Ich will nichts tun, wofür ich nicht die volle Verantwortung jedem vorurteilslos und rechtlich denkenden Manne gegenüber übernehmen kann. Meine Freundschaft und meine Abneigung, kein Verfall und kein Anstoß soll mich darin irre machen. . . . Ich will die Dinge nicht nur mit den Augen der Fremter sehen, sondern ihnen selber, soweit irgend möglich, ins Angesicht schauen und mir eine eigene Meinung bilden. . . . Meine Herren, ich wollte nur mir einigen Sätzen die allgemeinen Richtlinien zeichnen, nach denen ich meine Tätigkeit einzurichten gedenke. Zunächst auf die nächsten Aufgaben meines Gemeinweins einzugehen, wird erst nach die Zeit sein. Wenn ich auch nur einige Stadtratsbeschlüssen anführe: Die neue Stadterweiterung, die Gemeindefindungen, die Wasserwerk, die Zoonommalifikation, den Hofausbau, die Erweiterung des Straßenbahnnetzes, die Stadthalle, das Theater, das Mantelhaus, die sozialen Aufgaben der Stadt, so wird sofort klar, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, aber den Inhalt der Kapitel hat und nur oberflächlich anzudeuten und daß der Aufstellung noch recht viele, nicht weniger wichtige Kapitel folgen müßten. . . . Heute vor acht Tagen, als Sie mich an diese Stelle berufen haben, habe ich Ihnen, zugleich mit meinem Dank für Ihr Vertrauen, die Bitte um Ihre höchste Unterstützung ausgesprochen. Heute beim Antritt meines Amtes wiederhole ich dies Wort: Ihre wertvolle Arbeit — das bin ich überzeugt — wird der Erfolg krönen.“

Ein herzliches Hoch Göttemanns auf Mainz, in das die anwesenden Stadtverordneten und höchsten Beamten kräftig einstimmten, beendete die Auser der Amtseinführung.

Schöneberg bei Berlin. In der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Oktober teilte der Magistrat mit, daß er dem Beschluß der Versammlung vom 8. Juli d. J., die Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen, im allgemeinen zustimme, da er sich der Heberzeugung nicht verschließen könne, daß die bisherigen Löhne gegenüber den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr als ausreichend zu erachten seien. Bei der Prüfung der Lohnverhältnisse der einzelnen Arbeitergruppen habe ich jedoch erachtet, daß der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten nicht in allen Punkten zustimmen könne. Die Versammlung befaßte daher auf den Antrag des Stadtverordneten Dr. Weilmann, den Magistrat zu ersuchen, über die einzelnen Punkte in einer geeigneten Kommission aus drei Kommissionsmitgliedern und sechs Stadtverordneten zu beraten. — In der Frage der Lohnergänzung für Beamte und Lehrer konnte man sich einig werden. Diese Lohnergänzung wird in Form einer Erhöhung der Altersentschädigung bezahlt werden, und zwar an Lehrer und Beamte, die weniger und dritten Besoldungsstufe mit eigenem Haushalt vom 1. April 1906 ab statt 650 M. 700 M. Wohnungsgeld, Unterbeamte statt 450 M. 500 M.; den letzten soll jedoch die Erhöhung schon für das laufende Rechnungsjahr gezahlt werden.

Aus den Gemeinden.

Bremen. Wegen der in den letzten Jahren stetig gestiegenen Lebensmittelpreise will die städt. Bremer Bauernschaft geschlossen um Gehaltserhöhung ankommen.

„Eine Soziale“ Tat deutscher Überbürgermeister. Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Carl Dörmann trat in Wuppertal ein Straßburger Vertreter deutscher Städte zusammen, um zu den 8. 10 des gallertartigen Reiches Rathschöhabenden der Städte Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, den Gemeinden voranzutreiben, von einem Antrag auf volle Selbstverwaltung der städtischen Beamten abzugehen, das von den Beamten und den Bürgern zu erlösen, daß der Zweck für die Aufrechterhaltung des Sozialen (eine) ungenügender städtischer Abgaben vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1907 herabzusetzen. Im Jahre 1907 werden die jetzt abgehenden Beamten Gehaltssteigerung erfahren. Man hofft, daß die befreiten Gemeinden bis dahin imstande sein werden, Gehalt für die

Totenliste des Verbandes.

Friedrich Bredow, Berlin
† 10. Oktober, 68 Jahre alt.

Karl Nix, Berlin
† 14. Oktober, 82 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Magdeburg!

In der am 3. September tagenden Betriebsbesprechung der Kanal- und Straßenreinigung wurde eine Sektion errichtet. Zur Leitung sind gewählt: 1. Vorsitzender: Wilhelm Stein, Matzarinstr. 1; Stellvertreter: Hermann Vindner, Grafau; Schriftführer: Emil Wittig, Altes Pöcherufer. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag nach dem 1. abends 7 Uhr, bei Albert Vater, Knochenhauerwerkstr. 27 28, statt.
Der Sektionsvorstand.

Unserem braven Mitarbeiter und treuen Verbandskollegen
Adam Wirth nebst Frau
senden wir hierdurch unseren herzlichsten Glückwunsch zur
Silbernen Hochzeit
mit dem innigsten Wunsch, daß er auch die goldene Hochzeit in eben solcher Lebensfreudigkeit noch begehen und stets ein treuer Verbandskollege bleiben möge.
Die organisierten Arbeiter des Gewerks Wiesbaden 6.

Unserem Verbandskollegen
Christian Klob
nebst Frau
zur
Silberhochzeit
am 25. Oktober 1905 die herzlichsten Glückwünsche.
Hamburg.
Mehrere Freunde.

Zur **Silberhochzeit**
am 4. November 1905 dem Kollegen
H. Heubert nebst Frau
die besten Wünsche.
Hamburger Verbandskollegen.

Unserem Kollegen
Otto Skibbe nebst Frau
zur **Hochzeit** nachträglich die herzlichste Gratulation.
Berlin, im Oktober 1905.
Die Kollegen der 28. Novembersektion.

**Sängerkreis der Gemeinde-
... Arbeiter Münchens. ...**
Jeden Donnerstag:
Gesangsprobe.
Vereinslokal: Gebhardbräu,
Thierschstrasse 1.
Sangeslustige Kollegen stets willkommen.

Zahlstelle Dresden.

Montag, den 30. Oktober 1905, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Saale des „Volkshauses“, Nützenbergstr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf der Arbeitersekretariate ums Recht der Arbeiter. Referent Genosse Dr. Zunker, Sekretär des Arbeitersekretariats.
2. Urabstimmung über die Vorlage des Verbandsvorstandes, betreffend die Herabsetzung der Delegiertenzahl zum Verbandstage, § 10 des Verbandsstatuts betreffend.
3. Gewerkschaftliches.
In jedem Punkt Debatte.
Zugleich werden die Verbandskollegen auf das Weichen des Arbeitersekretariats, Nützenbergstr. 2, 3 Zr., aufmerksam gemacht. Anträge und schriftliche Anträge werden unentgeltlich erteilt. Im Bedarfsfälle wollen sich die Verbandskollegen ohne Zögern sofort an das Sekretariat wenden; jede Verzögerung kann auch den Verlust des gesuchten Rechtes verursachen. Eröffnung ist von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr täglich, Sonntags geschlossen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Dresden.
A. H. Lützen.

Verlag: In Vertretung des Verbands des in Gemeinde und Betriebsvereinen der Arbeiter, und unter Mitwirkung des Verbandssekretariats, Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, am 20. Okt. 05.

Achtung! Nürnberger Verbandskollegen! Achtung!

Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr findet in der „Goldenen Rose“, Webersplatz, eine
Allgemeine Versammlung
der städtischen Arbeiter und ihrer Frauen
statt mit der
Tagesordnung:
Die Gewerkschaften und die Frau. Referentin: Arbeitersekretärin Fräul. Grünberg.
Alle Arbeiter müssen ihre Frauen mit in die Versammlung nehmen.
Der Einberufer
A. Haisel.

Filiale München.

Sonntag den 29. Oktober, nachmittags 1/2 3 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal bei Hoffman, Mariabühlplatz.

- Tages-Ordnung:**
1. Vortrag von Herrn Medakteur Martin Gruber.
 2. Bericht der Vorstandschaft über das 3. Quartal 1905.
 3. Urabstimmung über die Vorlage des Verbandsvorstandes usw. Referent: Karl Altvater.
 4. Besetzung des Beamtentrostens der Filiale.
 5. Verbandsangelegenheiten und Berichtedenes.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet; auch Frauen sind in der Versammlung sehr willkommen.
Nach Schluß der Versammlung findet gemütliche Familienunterhaltung und Tanz statt.
Für den Ausschuß: Franz Sebalb.

Achtung! Kieler Mitglieder! Achtung!

Die Filiale Kiel feiert: am Sonntag, den 5. November d. J. im „Englischen Garten“ das
vierte Stiftungs-Fest
(Festrede, Verlosung, humoristische Vorträge, Ball)
Anfang 7 Uhr

Bettenmitgliedskarte 60 Pfennig • Einführungskarte 80 Pfennig
Alle Kollegen Kiels sind mit ihren Damen herzlich eingeladen.
Das Festkomitee.

Hansa-Biere
sind unter Garantie nach den Bestimmungen des bayr. Brau-Gesetzes nur aus Malz und Hopfen eingebraut und mit 5 goldenen Medaillen prämiert.
Hansa-Brauerei-Gesellschaft
Hamburg.
Fernsprecher Amt IV, 360.